



Fokus Iran

Center for Middle East and Global Order (CMEG)



Inhalte

Proteste | Jahrestag des Mordes an Mahsa Jina Amini inmitten massiver Repression | [S. 2](#)

International | Atomfrage: E3-Erklärung vs. Iran schafft Fakten | [S. 3](#)

Sicherheit | Waffen- und Raketenembargo läuft aus: Neues Signal der Schwäche aus Europa | [S. 4](#)



ÜBERSICHT

Am 16. September jährte sich zum ersten Mal der Todestag von Jina Mahsa Amini, der letztes Jahr die größte Protestbewegung gegen die Islamische Republik auslöste. Obwohl einige Proteste in verschiedenen Städten zu beobachten waren, verhinderten die starke Präsenz der Sicherheitskräfte und des Militärs an zentralen Spannungsherden in Verbindung mit der Inhaftierung politischer und sozialer AktivistInnen das Entstehen größerer Demonstrationen. Wir untersuchen die kurz- und mittelfristigen Aussichten für Straßenproteste.

Auf internationaler Ebene hat Teheran auf die jüngste gemeinsame Erklärung der E3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) gegen das iranische Atomprogramm mit der Entscheidung reagiert, mehrere sehr erfahrene IAEA-Inspektoren aus Teheran auszuweisen. Diese Situation verdeutlicht die mangelnde Bereitschaft des Westens, über bloße Erklärungen hinauszugehen, während Iran vor Ort Fakten schafft.

In sicherheitspolitischer Hinsicht haben die E3 beschlossen, keine UN-Sanktionen auf der Grundlage einer JCPOA-Klausel (sog. Snapback-Mechanismus) auszulösen. Während die UN-Sanktionen gegen das iranische Raketenprogramm in einem Monat auslaufen, erwägt Europa nun die Verhängung separater Sanktionen gegen Teheran.

PROTESTE

JAHRESTAG DES MORDES AN MAHSA JINA AMINI INMITTEN MASSIVER REPRESSION

Am ersten Jahrestag der Ermordung von Mahsa Jina Amini in Gewahrsam der Sittenpolizei verschärfte das iranische Regime sein hartes Durchgreifen, um ein mögliches Wiederaufflammen der Proteste im Land zu unterdrücken. In den sozialen Medien kursierende Videos zeigten ein großes Aufgebot an Sicherheitskräften in den Straßen verschiedener Städte, darunter auch in Teheran. Aminis Vater wurde kurzzeitig festgenommen und davor gewarnt, an der Gedenkfeier zum ersten Todestag seiner Tochter teilzunehmen. Am 16. September wurde Aminis Familie unter Hausarrest gestellt.

Trotz der starken Repression und des massiven Sicherheitsaufgebots gingen Hunderte von Menschen in Städten wie Sanandaj, Arak, Rasht und Mashhad auf die Straße und skandierten Parolen wie „Tod dem Diktator“ (*Marg bar dictateur*) und „Tod Khamenei“ (*Marg bar Khamenei*). Über Nacht nahmen die Sicherheitskräfte laut Menschenrechtsorganisationen Dutzende, wenn nicht Hunderte, von DemonstrantInnen in ganz Iran fest, darunter in Teheran, Karaj, Qarchak, Isfahan, Tabriz, Sanandaj, Saqqez, Diwandareh, Baneh, Marivan, Dehdasht, Yasouj und anderen Städten. Berichten zufolge wurden am 16. September 137 DemonstrantInnen allein in der Provinz West-Aserbaidshān und mindestens 14 in der Provinz Kurdistan verhaftet, wo das Regime potenzielle Unruheherde sogar militärisch sicherte. Zudem fand am Jahrestag laut Berichten in 18 Städten im iranischen Kurdistan ein weitflächiger Streik von LadenbesitzerInnen statt.

Darüber hinaus organisierte die iranische Diaspora weltweit Kundgebungen, um ihre Solidarität mit der iranischen Bevölkerung zu bekunden, von Australien über Europa bis Nordamerika.

Angesichts eines massiven Aufgebots an Sicherheitskräften behauptete die den Revolutionsgarden nahestehende Nachrichtenagentur Fars, dass die iranische Bevölkerung den Aufruf zu den Protesten am 16. September nicht beachtet habe, und erklärte triumphierend: „Ein Monat unermüdlicher Bemühungen [der Oppositionsgruppen] rund um die Uhr ist ohne Ergebnis zu Ende gegangen.“ Ein anderes staatliches Medienorgan, die Mehr News Agency,

versuchte, die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ mit „Feinden“ Teherans in Verbindung zu bringen und behauptete, die „Unruhen sind letztlich gescheitert“.

Auch hochrangige Vertreter westlicher Regierungen gaben Erklärungen ab, um ihre Unterstützung für das iranische Volk zu bekunden. US-Präsident Joe Biden erklärte: „[First Lady] Jill und ich schließen uns den Menschen auf der ganzen Welt an und gedenken ihr und allen mutigen iranischen BürgerInnen, die vom iranischen Regime getötet, verwundet oder inhaftiert wurden, weil sie friedlich Demokratie und ihre grundlegende Menschenwürde gefordert haben.“ Auch der britische Außenminister James Cleverly lobte den Mut der iranischen Frauen und bekräftigte das Engagement Großbritanniens, das iranische Volk in seinem Streben nach Grundrechten zu unterstützen. Währenddessen twitterte der deutsche Bundeskanzler lediglich „Frau, Leben, Freiheit / Woman, Life, Freedom / #MahsaAmini #Iran“, was vor dem Hintergrund einer zu laxen Haltung Berlins in den sozialen Medien auf Kritik stieß.

WAS BEDEUTET DAS?

In den letzten Wochen, als viele IranerInnen zu einer neuen Welle landesweiter Demonstrationen aufriefen, wurde bereits deutlich, dass dieses Unterfangen im Vergleich zu früheren Episoden eine wesentlich größere Herausforderung darstellen würde. Die Sicherheitskräfte hatten bereits Maßnahmen ergriffen, um eine erneute Protestwelle im Vorhinein zu unterdrücken. So wurden zahlreiche AktivistInnen und Angehörige von Personen, die bei den Protesten im letzten Jahr ihr Leben verloren hatten, verhaftet. Am 16. September wurden Basidsch- und IRGC-Kräfte in wichtigen Städten, darunter Teheran, eingesetzt, um öffentliche Versammlungen zu verhindern und aufzulösen. Dies verdeutlicht die erheblichen Hürden für die Organisation von Großdemonstrationen unter der Islamischen Republik. So konnten die IranerInnen während des Gedenkens an die revolutionären Proteste des Jahres 2021 unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ kaum auf die Straße gehen, weil die Sicherheitskräfte in erhöhter Bereitschaft waren.

Kurzfristig bedeutet das, dass die jüngste Kontrolle über die Straßen die iranische Führung dazu verleiten könnte, ihre Position gegenüber den Demonstranten als unanfechtbar zu betrachten. Infolgedessen könnte das Regime riskante Entscheidungen treffen, wie z.B. eine erneute Er-

höhung der Benzinpreise, ein Schritt, der angesichts des derzeitigen Klimas in Iran riskant ist und eine neue Welle des Aufruhrs auslösen könnte. Im November 2019 etwa führte eine Verdreifachung der Kraftstoffpreise für die bis dato größten Anti-Regime-Protteste, die sog. *Âbân*-Proteste.

Mittelfristig gesehen ist aufgrund der großen Unzufriedenheit in Iran, die politische, sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Dimensionen umfasst, die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs neuer Protteste im Lande äußerst hoch. Von größter Bedeutung ist die Tatsache, dass Proteste, die durch einen spontanen Auslöser entfacht werden, das Regime vor große Herausforderungen stellen, was die

Kontrolle und rasche Niederschlagung erschwert. Es ist jedoch unerlässlich, dass die Oppositionsgruppen ihre Netzwerke zu potenziellen DemonstrantInnen im Land ausbauen.

Ebenso wichtig ist die Rolle des Westens. Der iranisch-amerikanische Deal, der u.a. die Freigabe von \$6 Milliarden an eingefrorenen iranischen Geldern umfasst sowie die Freilassung fünf irano-amerikanischer Geiseln just um den Jahrestag der Iran-Protteste herum wird durch die Islamische Republik als Sieg wahrgenommen, während es sich für die iranische Demokratiebewegung als demoralisierend darstellt.



 INTERNATIONAL

ATOMFRAGE: E3-ERKLÄRUNG VS. IRAN SCHAFFT FAKTEN

Diese Woche gaben die E3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) eine Erklärung ab, in der sie den Iran zur Zusammenarbeit mit der IAEA aufforderten. Sie riefen Iran auf, unverzüglich alle Überwachungs- und Kontrollgeräte an den von der Agentur als wesentlich eingestuft Standorten wieder zu installieren. Darüber hinaus betonten sie die Wichtigkeit des Zugangs zu allen von den Überwachungskameras aufgezeichneten Daten, einschließlich derer von Februar 2021 bis Juni 2022, wie von der Agentur gefordert.

Daraufhin teilte Iran der IAEA seine Entscheidung mit, mehreren Inspektoren, die in dem Land tätig waren, die Akkreditierung zu entziehen. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Nasser Kanaani, bezeichnete diese Maßnahme als Reaktion auf den „Missbrauch“ des Gouverneursrats der IAEA durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland für ihre „eigenen politischen Zwecke“. Kanaani betonte, dass Iran zuvor vor den Folgen einer Politisierung der IAEA gewarnt habe.

Der Generaldirektor der IAEA, Rafael Grossi, erklärte unterdessen mit beispiellosem Nachdruck: „Ich verurteile diese unverhältnismäßige und beispiellose einseitige Maßnahme, die die normale Planung und Durchführung der Überprüfungstätigkeit der Agentur beeinträchtigt, aufs Schärfste.“ Darüber hinaus erklärte der israelische

Premierminister Benjamin Netanjahu, die Entfernung der IAEA-Inspektoren durch Iran beweise, dass das Land „all seine Verpflichtungen“ gegenüber der internationalen Gemeinschaft verletze. Iran „beabsichtigt, sich mit Atomwaffen zu bewaffnen“, ergänzte er und fügte hinzu, dass „Israel alles Notwendige tun wird, um sich vor dieser Bedrohung zu schützen“.

WAS BEDEUTET DAS?

In den vergangenen zwei Jahren begegnete die iranische Politik der nuklearen Eskalation häufig einem einen Mangel an konkreten Gegenreaktionen westlicher Mächte. In der Tat treffen hier zwei gegenläufige Ansätze aufeinander. Die USA und die EU beschränkten sich überwiegend auf verbale Besorgnisbekundungen über das immer weiter fortschreitende iranische Atomprogramm, wobei ihre Handlungen nicht über solche Unmutserklärungen hinausgingen. Außerdem wurden selbst in dieser Phase bestehende Sanktionen nicht rigoros und wirksam durchgesetzt. Im Gegensatz dazu hat Iran als Reaktion auf das westliche Auftreten konkrete Schritte unternommen. Maßnahmen wie die Entfernung von Überwachungskameras und die jüngste Reduzierung der Zahl der IAEA-Inspektoren zeigen, dass Teheran dem Westen nach wie vor einen Schritt voraus zu sein scheint.

Diese Dynamik ergibt sich aus der Wahrnehmung des iranischen Regimes, dass die westlichen Mächte auf ein Atomabkommen angewiesen sind, was in seinen Augen die Möglichkeiten des Westens einschränkt, substantielle Maßnahmen gegen Teheran zu ergreifen.

Solange das Kräfteverhältnis zwischen Iran und dem Westen dermaßen unausgeglichen ist (bloße Rhetorik des Westens versus konkrete Schritte Irans), scheint es unwahrscheinlich, dass es Europa und den USA **in absehbarer**

Zeit gelingen wird, das rasche Voranschreiten des iranischen Atomprogramms über eine vorübergehende Entspannung der Lage in Form eines temporären Deals hinausgehend zu stoppen.



SICHERHEIT

WAFFEN- UND RAKETENEMBARGO LÄUFT AUS: NEUES SIGNAL DER SCHWÄCHE AUS EUROPA

Im Rahmen der im JCPOA festgelegten „sunset clauses“, wird am 18. Oktober 2023 das Waffen- und Raketenembargo gegen Iran auslaufen. Diese Woche haben Deutschland, Frankreich und Großbritannien gemeinsam erklärt, dass sie beabsichtigen, die Embargos über das festgelegte Auslaufdatum hinaus beizubehalten, dies allerdings als europäisch koordinierten Schritt anstelle einer Auslösung des Snapback-Mechanismus, welcher die Sanktionen auf UN-Ebene wiedereinsetzen würde. Diese Entscheidung wurde dem Koordinator des JCPOA mitgeteilt. In seiner Reaktion auf diese Ankündigung bezeichnete das iranische Außenministerium die Entscheidung als „illegale Maßnahme“ und erklärte, sie stehe im Widerspruch zu den Verpflichtungen des Trios im Rahmen des JCPOA und der damit zusammenhängenden Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats. Das Außenministerium bezeichnete die Entscheidung als eine böswillige Maßnahme, die das Potenzial zur Eskalation der Spannungen in sich trage.

WAS BEDEUTET DAS?

Das iranische Raketen- und Drohnenprogramm hat in den letzten Jahren einen bedeutenden und alarmierenden

Wandel vollzogen und sich zu einer erheblichen Bedrohung für Europa entwickelt. Der Einsatz iranischer Drohnen durch Russland in seinem Krieg gegen die Ukraine ist ein klares Beispiel hierfür. Darüber hinaus gibt es Spekulationen über eine weitreichende Zusammenarbeit zwischen Teheran und Moskau im Raketenbereich. Inmitten dieser sich verändernden Sicherheitslage hatte Europa die einmalige Gelegenheit, den sog. Snapback-Mechanismus des Atomabkommens zu aktivieren, wodurch UN-Sanktionen wieder auferlegt werden. In seinem Bestreben, das JCPOA wiederzubeleben, verzichtete Europa jedoch auf eine solche Maßnahme.

Die Entscheidung, europäische Sanktionen anzukündigen, ohne den Snapback-Mechanismus zu aktivieren, vermittelt Teheran ungewollt eine Botschaft der Schwäche. Während sich die iranische Führung bemüht, die EU von der Verhängung neuer Sanktionen abzuhalten, würde eine solche Entscheidung der E3 für Teheran keine allzu große Niederlage darstellen. Im Gegensatz dazu würde jedoch die Aktivierung des Snapback-Mechanismus zur Neuauflage der UN-Sanktionen von der Islamischen Republik zweifellos als ernste Warnung begriffen werden. Es scheint **in absehbarer Zukunft** mehr Flexibilität und Spielraum für eine Ausweitung von Teherans Raketen- und Drohnenprogramm zu geben, was die Wahrscheinlichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Iran erhöht.



Über CMEG

Das Center for Middle East and Global Order (CMEG) ist ein unabhängiger, transnationaler Think-Tank, der sich der Erforschung der Transformationsprozesse in Iran, dem Nahen/Mittleren Osten und der Weltordnung widmet.

Unsere Mission ist es, innovative Analysen zum besseren Verständnis dieser laufenden geopolitischen und internen Machtverschiebungen und ihrer Dynamiken zu liefern sowie nachhaltigen Frieden und Entwicklung für den Nahen/Mittleren Osten durch eine neue Außenpolitik zu fördern, die Interessen und Werte in Einklang bringt.

Schon unseren Newsletter abonniert?

Um auf dem Laufenden zu bleiben, was unsere Pläne für diesen Herbst und andere Aktivitäten betrifft, melden Sie sich [hier](#) für unseren Newsletter an.

Impressum

Center for Middle East and Global Order (CMEG)
c/o Betahaus GmbH
Rudi-Dutschke-Str. 23
10969 Berlin
Germany
www.cmeg.org
info@cmeg.org